

Helmut Opletal

Fallbeispiel: Volksrepublik China

Politische Rahmenbedingungen

Als Revolutionsführer Mao Zedong am 1. Oktober 1949 in Peking die Volksrepublik China ausrief, folgten das politische System und auch die Medien zunächst eng dem Vorbild der stalinistischen Sowjetunion. Die Kommunistische Partei Chinas war nun die allein bestimmende Kraft im Land, so wie alle gesellschaftlichen Institutionen wurden auch die Medien gleichgeschaltet. Erst nach Maos Tod 1976 begann sich China zu öffnen, der totalitäre Griff des Staates lockerte sich, doch die KP blieb an der Macht. Liberalisierung von Kultur, Wissenschaft und Alltag brachten mehr individuelle Freiheit, rasantes Wirtschaftswachstum ermöglichte bescheidenen Wohlstand, überschattet allerdings von einer neuen Kluft zwischen Arm und Reich und zunehmender Korruption. Auch die Medien bekamen von den kommunistischen Reformern eine neue Rolle zugewiesen, sie sollen nicht mehr nur (im Sinne Lenins) „Transmissionsriemen“ (Übersetzer) der Parteipolitik sein, sondern auch informieren und unterhalten.

Fernsehen, Mobiltelefon und Internet (2012: 500 Millionen User¹) haben seither das Kommunikationsverhalten in China tiefgreifend verändert, für viele ein Fenster zu weiten Welt geschaffen und den wirtschaftlichen Aufschwung weiter beflügelt. Regierung und KP fördern diese Entwicklung der Neuen Medien, sie versuchen aber nach wie vor, diese Instrumente inhaltlich zu kontrollieren und selbst für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu nutzen.

Beschränkung der Medienfreiheit

Die chinesische Verfassung von 2004² garantiert die „Freiheit der Rede (und) Publikation“, in der Realität werden Grundrechte allerdings durch Einschränkungen und Pflichten ausgehöhlt. So müssen Bürger „die Einheit des Landes und die Geschlossenheit all seiner Nationalitäten /.../ sichern“, „Staatsgeheimnisse“ und die „öffentliche Ordnung wahren“ sowie „die Sicherheit, die Ehre und die Interessen des Vaterlandes /.../ verteidigen“. Solche Bestimmungen werden von Gerichten immer wieder gegen kritische Medienberichte angewandt, genauso wie das Staatssicherheitsgesetz von 1993 oder das Strafgesetz, das z. B. „Spaltung des Staates“, „Untergrabung der Staatsgewalt“ oder das Propagieren von „Kulten und Übernatürlichkeit“ unter

Strafe stellt. Damit wird etwa das Eintreten für die Rechte ethnischer und religiöser Gruppen bestraft.³ Der Begriff „Staatsgeheimnis“ ist in den Gesetzen bewusst vage definiert, in der Realität können alle nicht ausdrücklich freigegebenen Dokumente, Statistiken und Vorgänge bei Behörden, der KP oder in staatlichen Unternehmen als „geheim“ gelten.

Anstatt direkter Zensur haben die Behörden ein komplexes System indirekter Lenkung und Überwachung installiert. Jeden Tag geben die zentralen und lokalen Informationsämter Richtlinien aus, in welcher Form oder Aufmachung über bestimmte Themen berichtet werden soll oder auch nicht berichtet werden darf. Manchmal wird verfügt, dass bestimmte Meldungen (zum Beispiel Entscheidungen der Regierung oder eines Parteitags) groß auf der ersten Seite zu platzieren sind, manchmal darf über ein Ereignis nicht selbst recherchiert werden, sondern die Medien sind verpflichtet, ausschließlich Berichte und Kommentare der offiziellen Nachrichtenagentur „Xinhua“ (Neues China) zu verwenden.⁴ Die Zeitungen, TV- und Radiostationen und Internetbetreiber halten sich in der Regel an diese Vorschriften, sonst drohen saftige Geldstrafen, Schließung oder auch Verhöre und Gefängnisstrafen für die Verantwortlichen. So verhindert die „Schere im Kopf“ (Selbstzensur) von vornherein, dass allzu kritisch berichtet wird. Auch die Journalismusausbildung ist fest in der Hand staatlicher Schulen und Universitäten.

Alle, die mit Medien zu tun haben, kennen auch die strikten Tabus jeder Berichterstattung in China: Die drei „T“ zum Beispiel (Tibet, Taiwan, Tiananmen), zu denen nur die offizielle Parteilinie verbreitet werden darf. Absolut untersagt sind Spekulationen über das Privatleben oder wirtschaftliche Aktivitäten von Spitzenpolitikern sowie ihren Familien (und damit über Korruption in deren Umfeld). Auch über die Armee, den Sicherheitsapparat oder die KP-Institutionen darf niemals ein kritischer Satz fallen. Die führende Rolle der kommunistischen Einheitspartei öffentlich in Frage zu stellen, gilt immer noch als illegale „Gefährdung des Staates“. Laut „Reporter ohne Grenzen“ sind Mitte 2012 in China 98 Journalisten in Haft⁵, im jährlich veröffentlichten „Index der Pressefreiheit“ liegt China nur auf Platz 174 (von 179 beurteilten Ländern).⁶

Auch für die mehr als 200 in China akkreditierten Auslandskorrespondenten und für kurze Zeit ins Land reisenden Journalisten gelten zahlreiche Beschränkungen, auch wenn sie im Zuge der Olympischen Spiele 2008 etwas gelockert worden sind. So müssen Reisen und Interviews nicht mehr im Voraus genehmigt werden. Die Überwachung wurde jedoch verschärft, einzelne Korrespondenten werden immer wieder mit Strafen und Ausweisung bedroht, gelegentlich auch des Landes verwiesen. In einer Umfrage des „Verbands der Auslandskorrespondenten in China“ im Mai 2011⁷ fühlten sich 70 Prozent von Behörden (zum Teil gewaltsam) an ihrer Arbeit behindert, 40 Prozent hatten die Erfahrung gemacht, dass chinesische Informanten schikaniert, von der Polizei verhört oder festgenommen worden waren.

Der Zeitungsmarkt

Ein chinesischer Zeitungskiosk heute: Dutzende Titel, bunte Aufmachung, schreiende Schlagzeilen und reißerische Fotos suggerieren Vielfalt und volksnahe Berichterstattung. Statt dünner Parteiblätter, die bis in die 1970er-Jahre endlose Kommuniqués, Propaganda und Appelle zu höherer Produktion abdruckten, berichten chinesische Zeitungen heute durchaus aus dem Leben. Sie sind umfangreicher geworden und Werbung spielt eine ähnliche Rolle wie im Westen. Große Tageszeitungen und zahlreiche Magazine werden von privaten oder halbstaatlichen Unternehmen geführt, doch die politische Berichterstattung ist auch dort einer strikten Kontrolle unterworfen.

Der Rundfunkmarkt

Das Fernsehen hat sich erst nach 1980 rasant verbreitet, 3.000 Stationen im Land produzieren eigene Programme⁸, städtische Haushalte erhalten in der Regel mehrere Dutzend staatliche Programme über Kabel. Seit einigen Jahren können in vielen Hotels, in Ausländerwohnblocks und ausgewählten chinesischen Institutionen auch einige internationale Sender wie CNN, BBC oder Stationen aus Hongkong empfangen werden, kritische Berichte über China oder z.B. Bilder des Dalai Lama werden jedoch ausgeblendet.

Täglich um 19 Uhr übernehmen alle Programme die zentrale Hauptnachrichtensendung, welche die politischen Themen vorgibt. Unterhaltungsprogramme, Spielfilme oder Serien werden bewusst eingesetzt, um staatliche Moralvorstellungen, „Patriotismus“ oder politische Kampagnen zu unterstützen. Zivilgesellschaftliche Initiativen, unabhängige Kultur oder kritische Debatten finden kaum Platz.

Das Internet

Im Internet betreiben Staat und Partei eine Doppelstrategie: Einerseits nutzen sie selbst das Netz, um ihre Themen zu setzen und die öffentliche Meinung zu lenken, andererseits wird mit gigantischem Aufwand versucht, unliebsame Inhalte zu zensurieren und aus Webseiten, Blogs und Diskussionsforen zu löschen.

Ausländische Seiten werden systematisch durch Filtersoftware überprüft, kritische Websites können in China oft nicht aufgerufen werden, auch wenn es inzwischen kaum mehr möglich ist, alle unerwünschten Inhalte zu blockieren. Die Regierung versucht aber, die Nutzung internationaler sozialer Netzwerke und Suchmaschinen (YouTube, Twitter, Facebook, Wikipedia, ...) zu unterbinden und stattdessen eigene, rein chinesische Entsprechungen zu gründen, um Informationsflüsse leichter kontrollieren zu können. Die „Große Firewall“ nennen chinesische *websters* die aufwendigen Blockaden und Kontrollen, die auch für die zahlreichen Internetcafés oder öffentlichen Computer in den Schulen und Universitäten gelten. Chinesische *netizens* entdecken aber immer wieder Wege, um Sperren zu umgehen und auch an offiziell verpönte Informationen zu gelangen.

In Blogs und Diskussionsforen werden immer mehr kritische Meinungen ausgetauscht, Informationen verbreiten sich so in Windeseile im ganzen Land. Die Führung in Peking möchte einerseits ein bisschen mehr Freiheit gewähren, hat aber auch panische Angst, dass – so wie im Arabischen Frühling – Internet und SMS-Kommunikation genutzt werden könnten, um regierungskritische Aktivitäten zu setzen und lokale oder nationale Proteste anzuzetteln.

- 1 Reuters (US edition), 11.01.2012, unter: <http://www.reuters.com/article/2012/01/11/us-china-internet-idUSTRE80A0LD20120111> (letzter Zugriff 10.07.2012)
- 2 Verfassung der Volksrepublik China, vom 4. Dezember 1982 (inkl. Änderungen bis 2004), deutschsprachiger Text zitiert nach „Verfassungen der Welt“, unter: <http://www.verfassungen.net/rc/verf82-i.htm> (letzter Zugriff 10.07.2012)
- 3 Das Staatssicherheitsgesetz 1993 und das Strafgesetzbuch 1997 sind (in englischer Übersetzung) abrufbar auf der Webseite des Nationalen Volkskongresses der VR China: „Database of Laws and Regulations“, unter <http://www.npc.gov.cn/englishnpc/Law/Frameset-page.html> (letzter Zugriff 11.07.2012)
- 4 Details solcher Anweisungen werden regelmäßig dokumentiert auf den Webseiten des „China Media Project“ des Journalism and Media Studies Center der University of Hong Kong (<http://cmp.hku.hk>) bzw. der „China Digital Times“ („Directives from the Ministry of Truth“), publiziert von „China Counter-Power

- Lab“, Berkeley, USA (<http://chinadigitaltimes.net/china/ministry-of-truth>)
- 5 Press Freedom Barometer 2012, Country File China, Webseite von Reporters without Borders (Int. NGO zur Förderung der Medienfreiheit), unter: <http://en.rsf.org/report-china,57.html> (letzter Zugriff 10.07.2012)
- 6 Press Freedom Index 2011–2012, Webseite von Reporters without Borders, unter: <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2011-2012,1043.html> (letzter Zugriff 10.07.2012)
- 7 China reporting climate worsening: survey, in: AFP (Agence France Press), 19.05.2011, zitiert in: Terra Daily (News about Planet Earth), unter: http://www.terradaily.com/reports/China_reporting_climate_worsening_survey_999.html (letzter Zugriff 10.07.2012)
- 8 Television in the People's Republic of China, Wikipedia (engl.), unter: http://en.wikipedia.org/wiki/Television_in_the_People%27s_Republic_of_China (letzter Zugriff 11.07.2012)